

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 2.— Mk. von auswärts 3.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 32

Dienstag, den 7. Februar 1922

13. Jahrgang

Die Sozialdemokratie und der Streik.

Die jetzige Streikbewegung der Eisenbahner Deutschlands und der städtischen Arbeiter Berlins hat von der Sozialdemokratischen Partei nicht die Unterstützung finden können, die die Partei sonst jeder Bewegung einer Arbeitnehmerschicht entgegen bringt. Die Sozialdemokratie ist deshalb im trauten Verein von den Streikenden, den Kommunisten und den — Reaktionären des Verrats an ihren Grundätzen bezeichnet worden. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Wortführer dieser drei Gruppen von sozialdemokratischen Grundätzen keine Ahnung haben. Gerade bei ihren Grundätzen mußte die Sozialdemokratie zu einer Verurteilung dieser Streikbewegung kommen.

Die Sozialdemokratie ist sich sehr wohl bewußt, daß die Lage der unteren Beamten heute eine überaus traurige ist. Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner hat aber in dem Lohnkampf den ungeeignetsten Weg eingeschlagen. Nicht nur, daß sie der Regierung innerhalb weniger Tage ein Ultimatum stellte, sondern sie schaltete auch aus Konkurrenzgründen die anderen Eisenbahnerorganisationen bei der Bewegung aus und benachrichtigte nicht einmal ADGB und Afa von dem bevorstehenden Streik. Hinzukommt, daß diese „Gewerkschaft“ sich um die großen wirtschaftspolitischen Fragen überhaupt nicht kümmert. Sie überläßt es ihren Mitgliedern, ruhig deutsche nationale Politik zu machen, und glaubt, daß durch Lohnverhandlungen allein die Lage der unteren Beamten verbessert werden kann. Wo aber soll die Reichsregierung die Mittel zu so weit reichenden Gehaltssteigerungen hernehmen, wenn die Beamtenorganisationen es zulassen, daß die bestehenden Kreise Deutschlands sich bei Regelung der Steuerfrage vor Einführung von Kapitalsteuern zu drücken vermögen.

Für die Regelung der Steuerfrage zeigte diese Gewerkschaft überhaupt kein Interesse, was naturgemäß eine Stärkung der Rechtsparteien zur Folge hat. Erst sorgen die Beamtenverbände durch ihre Neutralitätstheorie dafür, daß die bestehenden Kreise sich um neue Steuern drücken können, und dann verlangen sie von der Sozialdemokratie, daß sie für jede Gehaltsforderung eintritt, deren Bewilligung doch nur durch neue Steuern ermöglicht werden kann. Schon diese Tatsache zeigt, wie kurzfristig die Politik der meisten Beamtenverbände ist.

Die Kommunisten unterstützen natürlich diesen Streik. Sie fragen gar nicht nach den Ursachen der ganzen Bewegung und nach ihren Folgen. Für sie ist dieser Streik wieder ein Zeichen für die beginnende Weltrevolution. Deshalb schmätzt die hiesige „Arbeiterzeitung“ auch die Genossen Ebert und Richter, den Polizeipräsidenten von Berlin, und faßelte von einer Abwürgung des Streikes durch die Gewerkschaften. Die Kommunisten müssen in ihrer Verlegenheit aus jeder Blüte Honig saugen. Wenn nächsten in Sachsen einige reaktionäre Geheimräte gegen die sozialistische Regierung opponieren, wird die „Arbeiterzeitung“ noch von einer neuen revolutionären Bewegung in Sachsen schreiben.

Eine ähnliche Methode wenden unsere Reaktionäre an. Zwar sind sie an und für sich nicht für dergleichen Streikbewegungen, aber der Regierung, in der auch Sozialdemokraten sitzen, gönnen sie gern solche Schwereigkeiten. So drückt der deutschnationale „Tag“ gern den Aufruf der Streikenden ab, weil es dort zum Schluß heißt, daß die Beamten der Sozialdemokratie die Diktatur bei den nächsten Wahlen übergeben würden. Auch die „Danziger Neuesten Nachrichten“ glauben, die Stellungnahme des „Vorwärts“ gegen den Streik dazu benutzen zu können, um gegen die Sozialdemokratie zu hetzen. Das Blatt schreibt:

„Gewiß, die deutsche Arbeiterbewegung steht vor einem Abgrund, aber trägt nicht auch der „Vorwärts“ kein gerühmtes Maß von Schuld daran, daß die Arbeiterbewegung überhaupt auf diesen schiefen Weg gekommen ist? Wer mit dem Feuer spielt, braucht sich nicht zu wundern, wenn durch unverantwortliche Elemente — und die gibt es immer und überall — der Brand an Teile des Staatsgebäudes gelegt wird, die unter allen Umständen vor der Vernichtung bewahrt werden müssen. Der Streik — auch der Beamtenstreik, man denke nur an den Generalstreik-Aufruf der Regierung zur Zeit des Kapp-Putsch — hat in den Spalten des „Vorwärts“ eine von jeher, gelinde gesagt, so „wohlwollende“ Beurteilung gefunden, daß man ihm diese Lehre wohl gönnen kann.“

„Daß man der Sozialdemokratie diese Lehre wohl gönnen kann.“ Das sind die Gefühle, die der Streikwahnstun bei der Reaktion ausgekostet hat. Und noch heute kann sie es nicht verschmerzen, daß im März 1920 die einrige Arbeiter- und Beamtenchaft die Kapp-Regierung in wenigen Tagen stürzte. Und den Generalstreik während des Kapp-Putsch hatten wir auch heute für gerechtfertigt. Die Arbeiterchaft hat selbstverständlich das Recht, wenn es um das Letzte geht, auch das letzte Mittel im Kampf, den Generalstreik, anzuwenden, wie es damals war, als eine verbrecherische Soldateska und einige feindliche Hohlköpfe sich anmaßen wollten, die Republik zu stürzen. Für solche Fälle trifft das Schillerwort zu, daß man seine ewigen Rechte vom Himmel herunterholen kann. Aber gerade weil der Streik, und noch dazu in lebenswichtigen gemeinwirtschaftlichen Betrieben, nicht zum leichtfertigen Spiel andarten darf, mußte sich die Sozialdemokratie gegen diese Streikbewegung erklären. Und eine spätere Einsicht in den Kreisen der jetzt streikenden Beamten und Arbeiter wird ihr recht geben.

hoffnung auf Frieden im Eisenbahnerkampf.

Der Eisenbahnerstreik scheint seinem Ende zuzugehen. Die aufs neue von den Spitzenorganisationen mit der Regierung eingeleiteten Verhandlungen scheinen erfolgreich zu verlaufen. Die Verhandlungen begannen gestern vormittag. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten war nicht vertreten. Der Reichskanzler machte Ausführungen über die gesamte politische Lage. Er wies darauf hin, daß das feste Ziel der Regierungspolitik bisher gewesen und auch weiter sei, die Erkenntnis in der Welt zu verbreiten, daß die Weltwirtschaft wieder aufgebaut werden müsse. Unter allgemeiner Bewegung wies der Reichskanzler wiederholt darauf hin, daß ein anarchisches Deutschland in der auswärtigen Politik nicht verhandlungsfähig sei. Unter diesem Gesichtspunkte müßten auch diese Verhandlungen geführt werden.

Der Vertreter des Beamtenbundes verlangte eine sozialere Ausgestaltung des Gehaltsstufens und ein für die gesamte Beamtenchaft geltendes Arbeitszeitgesetz. Der Reichskanzler erwiderte darauf, daß wegen solcher Forderungen ein Streik überhaupt nicht nötig gewesen sei. Ueber das Arbeitszeitgesetz seien Verhandlungen mit den gewerkschaftlichen Organisationen durchaus möglich. Das Reichskabinett habe über dieses Gesetz bisher keinerlei Beschluß gefaßt. Notwendig sei aber eine wirtschaftliche Gestaltung der Eisenbahn, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer Ententekontrolle. Auch über die Gehaltsfrage könnten durchaus Verhandlungen stattfinden. Bei Schluß der Verhandlungen bezeichneten sowohl die Vertreter der Gewerkschaften wie auch die des Beamtenbundes die Erklärungen der Regierung als eine geeignete Grundlage für den Abbruch des Streiks.

Gestern in den späten Nachstunden haben bereits Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften, dem Deutschen Beamtenbunde und der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten über die Zurückziehung des Streikaufrufs stattgefunden. Auch im Hauptvorstande der Reichsgewerkschaft scheint man der Ansicht zu sein, daß die gestrigen Zusicherungen der Regierung eine annehmbare Verhandlungsbasis ergeben können. Schwierigkeiten bereite nur noch die Frage der Majorisierung von Streikenden. Die Reichsgewerkschaft hält an der Forderung fest, daß keinerlei Maßregelungen erfolgen dürfen, und daß, falls das Reichsverkehrsministerium Maßregelungen von Streikenden vornehmen würde, sie die Verständigung mit der Regierung als gescheitert ansehen müsse. Das Reichskabinett soll sich heute mit der Frage der Maßregelung beschäftigen.

Einzelmeldungen zur Streiklage.

Abnigsberg, 6. Febr. Im Eisenbahnerstreik sind in Ostpreußen bis jetzt 680 Mann von der Nachhilfe eingesetzt. Für die Nacht sind weitere 1000 Mann angefordert. Für Montag wird mit dem Ausbruch des Metallarbeiterstreiks gerechnet. Seit den frühen Morgenstunden des Sonntags herrscht hier heftiges Schneetreiben. Der Schnee lag bald mehrere Fuß hoch, so daß die elektrische Straßenbahn in den Mittagsstunden den Betrieb einstellen mußte. Erst in den Abendstunden konnte der Betrieb in beschränktem Umfange wieder aufgenommen werden.

Frankfurt a. M., 6. Febr. Die Streiklage im Eisenbahndirektionsbezirk Frankfurt ist im wesentlichen unverändert. Im Direktionsbezirk Kassel macht die Wiederaufnahme der Arbeit Fortschritte. In Paderborn kehrten 60 Lokomotivführer zum Dienst zurück. In Bayern kehrten die Lokomotivführer und der Deutsche Eisenbahnerverband auch in neuer Abstimmung mit überwältigender Mehrheit den Streik ab.

Berlin, 6. Febr. Morgen vormittag läßt die Reichspost bei genügender Beteiligung einen Kraftomnibus nach Swinemünde abgehen zum Anschluß an den Dampfer nach Pillau, um auf diese Weise eine glückliche Verbindung nach Ostpreußen zu schaffen.

Das Streikverbrechen in Berlin.

Die Gewerkschaften gegen den Streik.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Deutsche Metallarbeiterverband, der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, der Deutsche Transportarbeiterverband, der Zentralverband der Angestellten, die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend und der Allgemeine freie Angestelltenbund (Ortskartell Berlin) fordern die städtischen Angestellten und Arbeiter in einem Aufruf auf, unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen. Dem Aufruf dürfte im Laufe des heutigen Tages entsprochen werden.

Der Streik der städtischen Arbeiter hat in Berlin die verheerendsten Folgen gehabt. Die Straßen sowie die Häuser waren in den Abendstunden ohne Licht. Auf den wenigen Plätzen, wo öffentliche Brunnen waren, standen Hunderte von Frauen, um etwas Wasser zu erlangen. Da aber die meisten Brunnen eingefroren waren, mußten die Frauen nach stundenlangem Warten umkehren. Besonders übel waren die Krankenhäuser dran, die nicht geheizt werden konnten, da es an Wasser für die Dampfheizungen fehlte. Die westlichen Vororte, die über eigne Kraft- und Wasserwerke verfügen, sind vom Streik weniger getroffen als gerade die Arbeiterviertel Berlins. In allen Kreisen der Arbeiterschaft, abgesehen natürlich von den Kommunisten, ist der so leichtfertig beschlossene Streik einmütig verurteilt worden. Das scheint in den Kreisen der Streikenden eine gewisse Ernüchterung herbeigeführt zu haben. Hinzukommt, daß die Gewerkschaften den Streik als einen wilden bezeichnet haben. Diese Stellungnahme hat dazu geführt, daß die Streikleitung der Berliner städtischen Arbeiter sich mit einer 2/3 Mehrheit dem Aufruf der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften angeschlossen hat, der zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auffordert. Eine Konferenz der Obleute soll heute darüber beschließen, ob diese Konferenz oder eine Abstimmung über die Fortsetzung oder die Beendigung des Streiks entscheiden soll. Man hofft, daß die Arbeit in den städtischen Werken bereits heute nachmittag oder spätestens am Mittwoch wieder aufgenommen wird.

Die Kommunisten hatten gehofft, daß es ihnen gelingen würde, die gesamte Arbeiterschaft in den Generalstreik zu hetzen. Diesem Zwecke sollte auch eine Betriebsräteversammlung dienen. Die Kommunisten erlitten aber eine Niederlage. Durch den Verkehrsstreik konnte nur etwa der vierte Teil der Betriebsräte den Versammlungsort erreichen. Infolge der umgeschlagenen Stimmung in der Arbeiterschaft gelangten die kommunistischen Anträge, die den Anschluß der gesamten Arbeiterschaft an die streikenden Eisenbahner und städtischen Arbeiter bezweckten, nicht zur Annahme und die Versammlung wurde verlagert.

Ein Aufruf des Magistrats fordert alle städtischen Arbeiter und nicht ständig Angestellten auf, bis spätestens morgen nachmittag 2 Uhr die Arbeit auf der Grundlage des Schiedspruchs des Schlichtungsausschusses vom 3. Februar wieder aufzunehmen, sonst erfolgt freistlose Entlassung.

Der neue Papst gewählt.

Rom, 6. Februar. Kardinal Ratti ist als Pius XI. zum Papst gewählt worden.

Der neugewählte Papst Pius XI., Alexander Ratti, ist am 31. März 1857 in Desio (Provinz Mailand) geboren, war früher Nuntius in Polen, dann Erzbischof in Mailand und ist seit dem 19. Juli 1921 Kardinal. Daß er den Namen Pius XI. angenommen hat, läßt gewisse Rückschlüsse auf die von ihm einzuschlagende Politik zu. Bekanntlich war Pius X. ein sehr streitbarer Vertreter der römischen Lehre, so daß verschiedene seiner Erlasse große Aufregung hervorriefen.

Die Handgranate des Kronprinzen.

Der Brief des früheren Kronprinzen, den wir kürzlich veröffentlichten, hat in deutschmonarchistischen Kreisen die größte Aufregung hervorgerufen. Das diesige Deutschmonarchistenorgan, die „Danziger Allgemeine Zeitung“ macht sich die Sache leicht, indem es den klaren Sinn des Kronprinzendriefes in das Gegenteil verkehrt. Der Kronprinz hätte in seinem Brief die von der Mehrheit des deutschen Volkes errichtete Republik als Tatsache hingenommen und im Anschluß daran vor Putschereien gegen die Weimarer Verfassung gewarnt. Diese Warnung richtete sich ausschließlich nur gegen die Deutschnationalen. Was aber macht das diesige deutschnationale Organ daraus? Es schreibt:

„Wenn im Anschluß daran der Kronprinz Worte scharfer Kritik gegen diejenigen findet, die ihre eigentlichen Ziele durch Verhöhnung weiterer Volkskreise selbst auf die Gefahr innerer Unruhen hin zu erreichen suchen, so wird er bei dem weitaus größten Teil des deutschen Volkes, das die furchtbaren Folgen der verschiedenen kommunisten-Putsche mit eigenen Augen angesehen hat, Verständnis und wärmste Zustimmung finden.“

Nein, nein, verehrte „Allgemeine“. An die Kommunisten hat sich der Hohenzollernsprößling nicht gewandt. Aber die Deutschnationalen haben damit wieder einmal gezeigt, wie sie ihnen unbequeme Tatsachen ins Gegenteil verkehren können.

Die deutschmonarchistische Presse im Reich hat allerdings dieses Täuschungsmanöver abgelehnt. Alle deutschnationalen Blätter wenden sich gegen den Kronprinzen.

Das deutschnationale Abendblatt Reinhold Wulles behauptet, der Brief habe „auf die entschlossenen rechtstehenden parlamentarischen Kreise gewirkt wie eine Handgranate im dichtgefüllten Unterstand.“ Man sei erschreckt und empört zugleich. Daß in dieser Weise und von dieser Stelle her den Deutschmonarchisten so in den Rücken gefallen würde, hätte man nicht erwartet. Politisch sei der Brief unbedeutend. Zwar sei den deutschen Monarchisten auch sehr wohl bekannt, daß der Kronprinz vom Putschweh geplagt sei, aber ebenso bekannt sei ihnen, daß „der hohe Herr“ es als schwere Enttäuschung empfunden habe, von seinen Freunden immer wieder an der Rückkehr nach Deutschland gehindert zu werden. Das Wulle-Blatt empfindet es als „in der Tat bitter“, daß der Kronprinz nun auf eigene Faust vorgehe und „mit der Revolution zu paktieren“ suche. Das müsse schweren Schaden tun den Epigonen des alten Fritz „zum Vorteil von Wittelsbach“, der auf nichts verzichtet.

In der „Streuze“ nimmt Graf Westarp „höchstselbst“ das Wort, um dem Kronprinzen zu bescheinigen, daß er infolge seiner mehrjährigen Abwesenheit eigentlich die Lage in Deutschland nicht recht versteht. Für sich nimmt der streitbare Graf das Recht und die Pflicht in Anspruch, trotz des Kronprinzen die Vorbereitung für den monarchischen Gedanken unter keinen Umständen einzustellen. Darüber hinaus betont er, alles tun zu wollen, um das deutsche Volk „für den monarchischen Gedanken wieder reif zu machen“ und dahin zu wirken, daß „die monarchische Staatsform auch das Vertrauen der Mehrheit der handarbeitenden Klassen wiedergewinne“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ versichert, daß die Meinung des Kronprinzen nicht die ihre sei. Die „Tägliche Rundschau“ hingegen, die halb sinnesparteilich und halb westarplisch schillert, bestätigt dem Kronprinzen, daß „im modernen Deutschland die Arbeiterschaft in der Tat eine derartige Rolle spielt, daß

man weder gegen sie regieren, noch den inneren Frieden sichern kann, wenn nicht wenigstens ihre vernünftigen Teile die obersten Staatsentscheidungen autoritativ schätzen.“ Die Absage des Kronprinzen an den Reichsputschismus unterstreicht das Blatt und erklärt dann mit einem nassen und einem trockenen Auge, es sei dem Kronprinzen dankbar, daß er ein so „mutiges Bekenntnis zu ehrlicher Staatsgestaltung abgelegt“ habe.

Die deutschnationale Reichstagsaktion nahm in einer besonderen Sitzung zu dem Briefe des Kronprinzen Stellung und erklärte, daß es sich nach ihrer Ansicht „nur um einen Privatbrief handele“.

Dieses Gerede und Hergerede der Deutschmonarchisten beweist also, was Wulle so drastisch ausdrückt, daß der Kronprinzendrief tatsächlich wie eine Handgranate unter ihnen gewirkt hat. Zwar waren sie nicht „im dichtgefüllten Unterstand“, aber sie laufen doch umher wie ein vom Schlichte aufgeschrecktes Hühnervolk.

Schwere Unklagen gegen die Orgesch.

Der frühere Redakteur der „Deutschen Zeitung“, August Abel, erhebt in der „W. a. M.“ außerordentlich schwere Unklagen gegen die Leiter der Orgesch, die er mit protokolllartigen Zeugnisaussagen und Dokumenten belegt. Insbesondere klagt er den Sanitätsrat Dr. Pittinger, den Leiter der Orgesch nach Escherichs Rücktritt an, bayerische Volkskämpfe und den unter dem Protektorat Frankreichs begünstigt zu haben. Pittinger habe ferner mit einem Dr. Helmerdingen, der in Wirklichkeit der steckbrieflich gesuchte Dr. Heil sein soll, in Massen Waffen nach Ungarn an die erwachenden Magyaren verschoben. Diese Waffen hätten dann den ungarischen Banden dazu gedient, um das deutsche Burgenland gewaltsam zu besetzen. Vor der Wahl Verchenfelds zum Ministerpräsidenten habe Pittinger eine bewaffnete Aktion vorbereitet, falls ein ihm unangenehmer Ministerpräsident gewählt würde. Escherich selber habe von diesem Treiben gewußt, wenn er es auch öffentlich verleugnet habe. So habe z. B. der berühmte Obergeometer Kanzler unter Escherichs Protektorat zehn Waggon s Wasser und Munition auf dem Donauweg von Bayern nach Ungarn geschafft. Mit diesen Waffen sind die Abteilungen Heljas und Bronay ausgerüstet worden, die am 17. Dezember 1921 auf Wien marschieren sollten, um es zu besetzen und den Alpenstaat (Bayern, Oesterreich) zu proklamieren. Natürlich waren die unvermeidlichen Oberst Bauer und Major Wischoff auch dabei. Ferner wird Escherich vorgeworfen, er habe den in Oberschlesien kämpfenden Oberländern jede Unterstützung entzogen, weil er die bewaffneten Formationen für die Aufrichtung einer Diktatur in Deutschland selber hätte bereit haben wollen, die nach Aussage seiner Getreuen eine Diktatur Escherich sein sollte.

Dies ist eine kurze Zusammenfassung der Beschuldigungen, die noch sehr viele Einzelheiten enthalten. Das Charakteristische daran ist, daß der Ankläger ein weit rechtsstehender deutschnationaler Politiker ist, der die Geheimnisse der Orgesch aus Schmerz darüber enthüllt, wie hier mit der deutschen Einheit Schindluder getrieben wurde. Wenn er sie in einem linksstehenden Blatte veröffentlicht, so nur deswegen, weil alle von ihm angegangenen rechtsstehenden Blätter die Aufnahme verweigert haben!

Wie die Telegraphen-Union aus München erfährt, hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichts München I Haftbefehl gegen den angeblichen Schriftsteller Hubert von Leoprechting wegen Verdachts des Landesverrats erlassen. Leoprechting ist vor zehn Tagen aus München

verschwinden. Er soll in das besetzte Gebiet geflüchtet sein. Der Tag fällt mit dem Zeitpunkt zusammen, an dem sein Name als Verfasser der bekannten Denkschrift über die angeblichen monarchistischen Umtriebe in Bayern in der Presse genannt wurde. Er war der Herausgeber der „Neuen deutschen Korrespondenz“.

Der Abschluß der ober-schlesischen Verhandlungen

Am 10. Februar tritt in Genf die Konferenz der deutschen und polnischen Bevollmächtigten unter dem Vorsitz Calonder's zusammen. Nachdem die erste Vollkonferenz im November 1921 das Reglement zu der Geschäftsordnung für die deutsch-polnischen Verhandlungen aufgestellt und 12 Unterausschüsse eingesetzt hatte und diese Unterausschüsse nunmehr mit Ausnahme der 11. und 12. Kommission ihre vorbereitenden Arbeiten in Oberschlesien abgeschlossen haben, ist es die Aufgabe der zweiten und letzten Tagung der Genfer Vollkonferenz, den endgültigen Text des in dem Beschluß der Vorkonferenz vom 20. Oktober 1921 vorgeschriebenen deutsch-polnischen Abkommens aufzustellen. Dem Präsidenten Calonder fällt dabei eine wichtige zweifache Rolle zu. Er muß zunächst dafür sorgen, daß das neue Abkommen den Beschlüssen der Vorkonferenz entspricht. Außerdem hat er in allen strittigen Fragen den Entscheid zu fällen auf Grund der Informationen, die er während seines jüngsten Aufenthaltes einziehen konnte. Die Konferenz dürfte etwa bis Ende dieses Monats dauern. Präsident Calonder wird morgen in Genf eintreffen. Die polnische Abordnung hat ihre Ankunft für den 9. Februar angekündigt. Was die deutschen Vertreter betrifft, so hofft man, daß ihr Eintreffen nicht durch den Eisenbahnerstreik verzögert wird, weil diese Verschleppung die Verhandlungen schädigen würde und weil im übrigen ein Abschluß der Genfer Konferenz vor der Konferenz von Genua erwünscht wäre.

Annahme der Erwerbslosen. Die Erwerbslosigkeit in Deutschland, die in den Monaten Oktober—November mit rund 150 000 unterstützten Erwerbslosen ihren tiefsten Stand erreicht hatte, weist für den Monat Dezember 1921 wieder eine Zunahme auf. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen — nicht gleichbedeutend mit der höheren Zahl der Erwerbslosen überhaupt — ist nämlich auf 164 000 gestiegen. Die Zunahme erstreckt sich ausschließlich auf die männlichen Arbeitnehmer, während die Zahl der weiblichen Erwerbslosen noch gesunken ist (von rund 95 000 auf 88 000). Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Vollerwerbsloser) ist von 172 000 auf 210 000 gestiegen. Als Gründe für die vorliegende Verschlechterung des Arbeitsmarktes sind außer der für Außenarbeiter ungünstigen Bitterung die Wertschwankungen und im Zusammenhang damit Schwierigkeiten bei der Einfuhr von Rohstoffen zu nennen, ferner Kohlenmangel und Verkehrs-schwierigkeiten.

Ein sozialistischer Studententag in Leipzig. Im März findet in Leipzig ein sozialistischer Studententag statt, der in erster Linie von sozialistischen Studententagenden Deutschlands und des deutschen Sprachgebietes besetzt werden wird. Es werden aber auch die nordischen und romanischen Länder, vielleicht auch Sowjetrußland, vertreten sein. Man strebt die Gründung eines internationalen Studententages und einer sozialistischen Studentenzeltung an.

Internationale Gewerkschaftsbank. Vertreter der genossenschaftlichen Internationale aus der Schweiz, Belgien, Frankreich, England, Rußland, der Tschechoslowakei und Schweden stellten im Brüsseler Volkskauf eine Beratung über die Möglichkeit der Gründung einer internationalen Bankorganisation ab, die gewerkschaftlichen Zwecken dienen soll. Es wurde eine Kommission von Sachverständigen beauftragt, die Frage durchzudenken, und im April dem Verband internationaler Genossenschaften, der in Mailand tagt, Bericht zu erstatten.

Eine brasilianische Spende für die deutsche Wissenschaft. Die auf Anregung des brasilianischen Schriftstellers Dr. Chateaubriand in ganz Brasilien für die notleidende deutsche Wissenschaft gesammelt wurde, ergab den Betrag von 4 050 000 Mark.

Durchbrochene Strümpfe.

Ich kann die Linte nicht halten, ich muß etwas über die dünnen Strümpfe schreiben. Bei 10 Grad Kälte und scharfem Wind warten die Nadeln mit ihren Stöckelstücken und den Zwirnstrümpfen an der Straßenbahn. Wie der Storch stehen sie immer auf einem Bein und reiben das andere dran, damit es warm wird. Wenn sie in der Straßenbahn sitzen, schlagen sie ihre unteren Extremitäten gegeneinander — sie frieren, frieren, frieren, nur weil sie die Mode mitmachen müssen, die verlangt, daß sie sich die Beine abfrieren, damit sie später, wenn sie einen Mann glücklich machen sollen, ihm durch allerlei Unterleibskrankheiten das Leben zur Hölle gestalten, sich natürlich mit.

Ein halbwegs normaler Mann hat dicke wollene Strümpfe über die Unterbeinleider, hat seine Tuschosen darüber und empfindet die Kälte trotzdem unbehaglich; die unvernünftigen Nadeln ziehen einen Schleier über die Beine — meinen, daß sei hübsch und ziehen sich der Mode zuteil diese gefährlichen Erkältungen zu.

Oben aber, wo sich der Mann sagt, da darfst du dich nicht zu sehr vermeidlichen, da tragen sie dicke Pelze um den Hals geschlungen — bis zum Arnie stehen sie also im Eis Keller und oben bis zur Brust nehmen sie ein Dampfbad. O — wie das dem Körper so gut tut! Dann sitzen sie den ganzen Tag in Bureau, wo gar Zementboden oder Lagerraum vorhanden, und klappern mit den Zähnen und am ganzen Körper. Die Fräuleins hüpfen mit 16—20 Jahren schon wie alte Frauen: das sind dann die Mütter von morgen, die uns ein kräftiges Geschlecht erziehen sollen.

Nadeln ich hab euch gern. Aber glaubt nur, jeder Mann mit gesundem Verstand lacht euch aus, wenn ihr mitten im Winter halb nackt daherkommt, wo doch jeder sieht, daß ihr am liebsten in einen Wadenofen kriechen möchtet, weil ihr Gefrierfleisch an den Beinen bekommt, nur der Mode zuliebe. Später könnt ihr euch dann nicht erklären, wo ihr die Krankheiten her habt — der Mann schafft sein Geld in die Apotheke für eure Marotten.

Man läßt sich schon etwas gefallen, aber was zu viel ist, ist zu viel. Deshalb irrt euch wohl eine Strümpfe, sie sind noch billiger wie das Spinnwebgewebe, das ihr anhabt, was doch nach zwei bis drei Tagen nichts mehr taugt und weggeschmissen werden muß, weil ihr diese Löcher nicht aneinandernähen könnt — schließlich hundert oder tausend solcher Strümpfchen immer noch kein einziges anständiges Paar ergeben.

Deshalb protestieren wir gegen diese Sünden wider die Vernunft, die allem normalen Empfinden Hohn sprechen. Wir werden zu einer großen Massenversammlung einladen, in der ein Vortrag über das Thema gehalten wird: „Eisbeine in Gegenwart und Zukunft“. Uebrigens werden wir dazu einige kinematographische Vorführungen machen, damit der ganze Widersinn an den Tag kommt. Wenn ihr lieben Nadeln euch dann am weißen Schirm sehen werdet, dann wird manche seufzend nach Hause gehen und ihre Schenkel, vom Arnie abwärts, herunterreißen. Um Nachahmung wird gebeten. 190.

Für Leute, die morgens nicht aufstehen können. Wie eine alte Weisheit lehrt, daß das Zahmen der Selbstbeherrschung auch der weisesten Philosophen auf eine schwere Probe stellen kann, so gibt es auch Leute, deren Energie die größten Schwierigkeiten zu überwinden vermocht hat, aber allmorgentlich vor der Aufgabe, die mit der Pflicht, sich aus dem Bett zu erheben, vor sie hintreibt, elend zusammenbricht. Wenn ihnen ein englischer Arzt nun den Rat gibt, bei den Kleinkindern in die Schule zu gehen, so hat dies zwar im ersten Augenblick nichts übermäßig Einleuchtendes, aber da der Entdecker seine Lehre mit suggestivem Vertrauen in ihre Unschuldbarkeit vortrug, so will es doch nicht angehen, sie den armen Geplagten zu verschweigen. Um so mehr, als der Versuch nichts kostet. Der Arzt behauptet, daß die Kleinen Kinder bestimmte Bewegungen machen, durch die sie sich das Aufstehen erleichtern. Wenn sie auf dem Rücken liegen, strampeln sie zunächst mit den Beinen und dann versuchen sie, sich aufzurichten, indem

sie sich umdrehen und auf Hände und Arnie stützen. So gelingt es ihnen, in die sitzende Stellung zu gelangen. Aus diesen und ähnlichen Beobachtungen hat der englische Arzt ein System von Regeln gemacht, das er den unglücklichen Sklaven des warmen Bettes ans Herz legt. Man soll demnach angedreht liegen bleiben und tief die Luft einziehen, zu gleicher Zeit aber die Hände über den Kopf erheben. Dann folgt ein ebenso tiefes Ausatmen, wobei man die Arme seitwärts führt. Dies wiederholt man fünfmal. Man schlägt darauf die Bettdecke zurück und hebt den Oberkörper ebenfalls fünfmal. Hierauf faltet man die Hände hinter dem Kopf und streckt die Beine so hoch wie es möglich ist; auch diese Übung muß man fünfmal vornehmen. Dann wird, so wird mit eindringlicher Ueberzeugungskraft versichert, das Aufstehen gelingen. — Wenn es aber nicht gelingt, oder wenn einer überhaupt zu faul ist, mit den Freiübungen anzufangen? Dann ist wohl Kopfen und Malz verloren.

Einen kölnischen Witz, der nicht frei von Bitterkeit, zum mindesten aber gut erkunden ist, erzählt unser holländisches Brude-Blatt „Der Volk“. Ein englischer Offizier beschäftigte den Kölner Dom unter dem üblichen Geleit durch einen Geiseln. Auf seinem Rundgang entdeckte der Engländer eine Marienfigur, und als er genauer zusah, sah er, daß die Figur in ihren linken Arme eine silberne Maus hielt. „Was bedeutet das?“ fragte der Offizier seinen Führer. „D“, antwortete dieser, „vor vielen Jahren war in Köln eine schreckliche Mäuseplage. Als die Stadt von dem Ungesieher gar zu sehr heimgesucht wurde, verehrten die Kölner der Mutter Gottes eine silberne Maus und boten sie, die Stadt von der Plage zu befreien. Dies Gebet wurde erhört.“ Der Engländer lachte geringschützig und fragte: „Darum glauben die Kölner jetzt wohl nicht mehr?“ Darf antwortete der Geistliche: „Nein. Wenn sie es noch glaubten, so hätten sie der Mutter Gottes schon lange einen silbernen Engländer in die Arme gegeben.“

Danziger Nachrichten.

Das Schicksal der Gefallenen.

Noch immer befinden sich viele Familien im Zweifel über das Schicksal der Gefallenen. Zahlreiche andere sind über den Verbleib und die Unterbringung der Gefallenen in Sorge. Allen diesen Leuten steht jetzt zwei Einrichtungen beratend und helfend zur Seite.

So ist jetzt im Zentral-Nachweise-Amt für Kriegerverluste und Kriegesgräber in Spandau eine Kartothek für sämtliche Kriegesverluste eingerichtet. Es ist dort das gesamte, sehr umfangreiche Verlustmaterial gesammelt und geordnet. Die Sammlung stützt sich auf die urchriftlichen Listen und Meldungen. Sie gibt über alle Truppen, Bataillone, Gefangenen, Toten- und Grabmeldungen Auskunft. Bei dem Amt sind alle Meldungen und Nachrichten zusammengelaufen, die mit dem persönlichen Schicksal von Heeres- und Marineangehörigen im Zusammenhang stehen. Auch bei noch nicht geklärten Fällen werden die nötigen Angaben vermittelt. Die Nachrichten sind von besonderer Bedeutung für die Versorgungsansprüche. Dann müssen die Hinterbliebenen vielfach erst die Todesbescheinigung bewirken und die gerichtliche Todeserklärung durch das Amtsgericht beibringen. Maßgebend für Anfragen an das Amt ist der Truppenteil, bei wiederholter Verwundung oder Erkrankung müssen alle Truppenteile angegeben werden.

Die zweite Einrichtung dient der Fürsorge für die Gräber der Toten des Weltkrieges. Diese hat sich der „Volksbund“ für deutsche Kriegsgräberfürsorge (Berlin W. 10, Matthäi-Str. 17) zur Aufgabe gemacht. In seiner Zeitschrift „Die Kriegsgräberfürsorge“ berichtet er laufend über den Stand der Fürsorge für unsere Kriegsgräber im Ausland. Der Volksbund wendet sich gegen die immer häufiger werdenden Verlegungen ganzer Kriegesriedhöfe in Frankreich und fordert schnelle Hilfe gegen das allmähliche Verbläuen der Kreuzinschriften. Mit den gleichstrebenden Vereinigungen in Österreich, Italien und Siebenbürgen steht er in enger Arbeitsgemeinschaft. Außer in diesen und in den westlichen Ländern, Frankreich, Belgien und England, hat der Volksbund an zahlreichen Orten in Polen, Galizien, Rumänien, Ungarn, Syrien, Palästina, Ägypten, Indien und Afrika Vertrauensleute gewonnen. Er führte seinen Schriftwechsel in zwölf Sprachen und trug so den Gedanken der Kriegsgräberfürsorge bis in die kleinsten, entlegensten Dörfer. Das neue Heft der Kriegsgräberfürsorge enthält außerdem etwa 100 Berichte über einzelne Friedhöfe in Frankreich, Belgien, Polen, Rumänien, Lettland, Ungarn, Rumänien und Dänemark, Nachrichten, die für die Angehörigen von Gefallenen von großem Wert sind. Die Zeitschrift ist mit Abbildungen versehen und kann bei jedem Postamt bestellt werden.

Allen Familien, die noch im Ungewissen über den Verbleib ihrer aus dem Weltkrieg nicht heimgekehrten Angehörigen sind, ist die Benutzung dieser beiden Einrichtungen zu empfehlen. Werden sie auch nicht in jedem Fall eine bestimmte Auskunft geben können, so wird ihnen dies durch ihre Organisation doch hoffentlich in zahlreichen Fällen möglich sein, und sie werden manche bangende Ungewissheit und sorgende Zweifel beheben können.

Notstandsmassnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern. Nach einem Gesetzentwurf des Senats soll auf

Die Rentendebatte ein Zusatz erfolgen, so daß das Gesamteinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 3000 Mark, einer Witwen- oder Waisenrente von 2100 Mark, einer Waisenrente von 1900 Mark erreicht. Bei Kindern unter 15 Jahren erhöht sich das Gesamteinkommen um 500 Mark für jedes Kind. Elternlose Kinder unter 15 Jahren, deren Unterhalt der Empfänger der Rente ganz oder überwiegend bestritten wird, werden den Kindern unter 15 Jahren gleichgestellt. Bei Berechnung des Gesamteinkommens bleibt das Arbeitslohn der Rentenempfänger bis zum Jahresbetrage von 2000 Mark außer Ansatz. Die Empfänger von Unfallrenten sind in dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht berücksichtigt. Sie werden in einem besonderen Gesetz bedacht werden, das in Kürze dem Volkstag zugehen soll und das sich den bevorstehenden Bestimmungen im Deutschen Reich anpassen wird.

Das geheimnisvolle Verschwinden eines Bankdepots.

Ein angesehenes Kaufmann aus Posen hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Betruges zu verantworten. Auf einer hiesigen Bank hatte er ein Depot von 400 Dollar und dafür nahm er 10 Millionen polnische Banknoten. Nach einiger Zeit nahm er hier 400 000 deutsche Mark auf und gab als Pfand 1850 Dollar ins Depot. Die beiden Depots wurden in einen Briefumschlag gesteckt und mit einer Aufschrift versehen von dem Depotverwalter aufbewahrt. Am 12. November kam der Kaufmann auf die Bank und zahlte die 10 Millionen polnische Noten zurück und wollte den Gegenwert mit 400 Dollar in Empfang nehmen. Bei der Herausgabe unterschrieb der Kaufmann jedoch eine Quittung über das ganze Depot und gab ihm der Depotverwalter auch das zweite Depot in Höhe von 1850 Dollar. Bei einer Revision der Depots bemerkte der Geschäftsführer das Fehlen der 1850 Dollar und die Lösung des Depots. Der Kaufmann leugnete jedoch, das ganze Depot erhalten zu haben. Die Nachforschungen blieben vergeblich. Die Bank klagte gegen den Kaufmann auf Herausgabe. Die Bank sah jedoch ein, daß sie ihr Geld auf diesem Wege auf jeden Fall nicht erhalte, da der Kaufmann den Offenbarungseid leistete. Man schloß einen Vergleich, nach dem jeder seine Kosten übernahm. Der Kaufmann bestritt, mehr als die 400 Dollar erhalten zu haben. Das Gericht kam zur Freisprechung. Der Vorgang ist merkwürdig und nicht ohne Verdacht, aber es habe sich nichts feststellen lassen. Es müßte sonst auf Betrug erkannt werden und zwar müßte auf eine Gefängnisstrafe von etwa 1 Jahr erkannt werden, das Unne man nicht bei einem so wenig begründeten Verdacht. Der Fehlbetrag könne auch in anderer Weise abhanden gekommen sein.

Danzig in der Welt voran. Es ist wirklich kein Scherz. Der kleine Freistaat spaziert an der Spitze sämtlicher Staaten — nämlich in der Herausgabe neuer Briefmarken. Die staatlichen Umwälzungen nach dem Weltkrieg haben eine Flut neuer Briefmarken mit sich gebracht. Wie die Statistik besagt, ist die Zahl der neuen Marken jetzt im Abflauen. Während das Jahr 1919 2647 verschiedene Neuheiten, das Jahr 1920 deren immerhin noch 1970 gebracht hat, ist ihre Zahl im letztvergangenen Jahre auf 1267 Stück zurückgegangen. Eigentlich ist die Verminderung noch bedeutender, denn 309 Neuheiten sind nur dadurch veranlaßt, daß Großbritannien ein neues Wasserzeichen „Caca“ eingeführt hat. Die meisten

Marken gab Danzig aus, ihre Zahl beträgt 68; wie überhaupt Europa und an zweiter Stelle Südamerika am stärksten beteiligt sind.

Bedenkliche Ladungsgeschäfte. Vor dem Schöffengericht hatte sich ein Oberrheinler eines Dolars in Neuschwaffer wegen Fehler und Kontenbände zu verantworten. In diesem Lokal wurde umfangreich Fehler und Schmuggel betrieben. Wie ein Zeuge bekundete, reichten sich hier die Leute an, um ihre gestohlenen Sachen zu verkaufen. Der polnisch-amerikanischen Mission waren im freihafen Tabak und Leinwand gestohlen, und bei einer Hausdurchsichtigung fand man in diesem Lokal bei dem Geschäftsführer 41 Pack Tabak und 15 Mr. Leinwand, die beschlagnahmt wurden. Der Inhaber des Lokals entzog sich der Verhaftung durch die Flucht. Wegen den Oberkellner wurde Anklage erhoben, weil er die Sachen von zwei ausländischen Matrosen für die Besatzung angenommen habe. Der Anwalt beantragte Verhaftung des Oberkellners wegen Fehler und Kontenbände. Der Verteidiger beantragte Freisprechung, da der Angeklagte nicht verantwortlich zu machen sei, sondern der Wirt, der die Annahme der Pakete veranlaßt. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da der Oberkellner nur eine Vermittlerrolle spielte und der Chef verantwortlich sei. Der Angeklagte habe sich nicht gewußt, was in den Paketen war, und die Sachen seien auch bei ihm nicht beschlagnahmt.

Inhaber von Bezugscheinen des Wohlfahrtsamtes auf Holz, Torf und Kartoffeln, soweit sie zur Innenstadt gehören, werden ersucht, die ihnen zustehenden Waren bis spätestens Sonnabend, den 11. d. Mts., 12 Uhr mittags, abzuholen. Bezugscheine, die bis zu dem genannten Zeitpunkt nicht eingelöst werden, verlieren ihre Gültigkeit. (Siehe auch Bekanntmachung des Wohlfahrtsamtes in der gestrigen Ausgabe unserer Zeitung.)

Ein neuer Komet wurde nach einer Mitteilung der Heidelberger Sternwarte am 28. Januar von dem Astronomen Reich in Südafrika entdeckt. Er wird bei uns wegen seiner südlichen Stellung kaum zu beobachten sein.

Die Rinderwanderung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, die am vergangenen Sonntag stattfand, mußte infolge der am Vormittag einsetzenden Schneehöhe um 10 Uhr abgebrochen werden. Bei herrlichem sonnenklarem Wetter ging es kurz vor acht Uhr durch die Allee nach Langfuhr und von dort über Hochstrief der Dittner Wald erreicht werden. Nachdem die Teilnehmer Hochstrief verlassen hatten, kam plötzlich ein heftiger böiger Wind auf, der den trockenen Schnee dorthin aufpflachte, daß ein Vorwärtkommen sehr schwer möglich war. Die Wanderung, deren Ziel Dillva war, wurde darum abgebrochen; durch das Herriental ging es nach der Haltestelle Friedensfluh und von dort fuhren die Kinder mit der elektrischen Straßenbahn nach Hause. — Am kommenden Donnerstag, den 9. Februar, um 5 Uhr nachmittags, findet im Helm (Stadtturm) ein Sing- und Spielabend statt, zu dem alle Kinder herzlich eingeladen sind.

(5975) **Gosda's Gekachelter**
(garantiert rein)
für Qualitäts-Schnapsler.
Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häkergasse 5.

Ich bin das Schwert!

Roman von
Annemarie von Nathusius.
(81.) (Fortsetzung.)

Noch am Tido traf mich die Nachricht von Tante Klottides schwerer Erkrankung. Unter anderem schrieb Hans Wandlitz: „Ich höre, daß Dein auffallender Begleiter in Venedig Herzog von Sandersheim sein soll. Tu, wozu Du Lust hast. Aber hüte Dich vor einem Skandal. Bei Deiner verwerflichen Neigung, Dich gehen zu lassen und jede Form in den Wind zu schlagen, könnte es dazu kommen, daß ich habe aber keine Lust, mich um ein gleichgültigen Sache willen vor die Pistolenmündung eines mir gleichgültigen Menschen zu stellen.“

Warum sollte denn mir die Ehe heilig sein, die Hans Wandlitz nie als Treuebund betrachtet hatte? Uns verband keine innere Notwendigkeit. Zwei Tiere hielten einander erkannt — das war unser Erlebnis gewesen.

Es ist allein schmerzhaft mich tief. Daß ich vierundzwanzig Stunden sitzen mußte, bis ich bei Tante Klottide sein konnte. Wohl zeigte ich sofort, nachdem ich einen ahnungs-

vollen, sehr melancholischen Abschied von meinem Glück genommen hatte, aber ich kam dennoch zu spät. Die Frau, die mir näher gestanden als meine Eltern, war nicht mehr. Ich konnte nur noch die traurigen Vorbereitungen treffen zu ihrer letzten Reise auf das einstige bewerkte Familiengut in der Mark, das der letzte Bewern noch einmal die Tore öffnete, um sie in der Gruft bei den Ahnen zu versammeln.

Der Großindustrielle, dem der alte Feudalbesitz jetzt gehört, hat in seinem goldstrahlenden Schlafzimmer nie wieder eine so illustre Gesellschaft beisammen gesehen, als Tante Klottides Trauergesellschaft, das er so dringend zu einem einfachen Imbiss eingeladen, bei dem es Sekt in Strömen gab. Weder konnte ich meinem Manne, noch meinem Vater ausweichen. Letzterer teilte mir mit, daß in vierzehn Tagen die Hochzeit meiner Schwester Armgard mit dem edlen Herrn auf Gellau ganz in aller Stille in Falkenhain gefeiert werden sollte. Er schien sehr beglückt zu sein darüber, daß er nun auch die zweite Tochter standesgemäß und materiel gut untergebracht hatte.

Du lieber Gott — wenn ich ihm jetzt sagte, welchen Entschluß ich gefaßt, welchen Umwälzungen ich entgegengehe? Ich glaube, mein Vater hätte die Hand gegen mich erhoben, oder mich einzusperrern versucht.

Der Gedanke an die Heirat Armgard's bewegte mich sehr. Noch einmal erwachten alte Heimatgefühle und der warnende Ruf, die Prüden nicht so gewaltsam hinter mir abbrechen.

Vorerst reiste ich nach Berlin zurück, um die Auflösung des Berlinerischen Staatsrates zu leiten. Tante Klottide hatte mich und meine Geschwister bedacht. Ich erbe das schönste Silber, das geliebte grüne Zimmer mit den Birnbaumöbeln, das smaragrote Schlafzimmer, die weiße Schloßküche, die Bibliothek und zehntausend Mark, einen Notarsofisen, wie Tante Klottide in ihrem nachgelassenen Briefe an ihre Lieblingsnichte schrieb. Das Vermögen, aus dem sie ihre Rente bezog, und das Haus gingen in den Besitz der Tochter über, wie bereits mein Großvater bewirkt hatte. Die Tante war nicht Erbin der brüderlichen Hinterlassenschaft, sondern nur Nutzniesserin gewesen. Sofort mietete ich mir in einer der kurzen, stillen Seitenstraßen des Tiergartens eine kleine Dreizimmerwohnung mit einem Dienstoffengelack für Pflanze und richtete sie mit dem ererbten Inventar bequämlich ein. In den Vasen blühten Blumen und ich hatte trotz aller Beschmutzung um die verstorbenen Freundentränen in den Augen, als ich am ersten Abend an meinem alten, kleinen Schreibtisch saß, vor mir die ausgebreiteten Blätter meines Manuskripts. Ich schrieb meine erste Novelle.

Über in der Nacht, der ersten Nacht in dem selbstgeschaffenen Heim, das mir trotz aller Einfachheit wie ein Paradies erschien, konnte ich doch nicht schlafen. Pflötzlich überfiel mich die Furcht vor den unvermeidlichen, bevorstehenden Kämpfen. Zwar wollte ich alle Kraft einsetzen, um meine kostbare Freiheit nicht wieder zu verlieren, aber ich fühlte dunkel, daß ich gegen eine zehnfache gefährliche Uebermacht zu Felde ziehen würde, keine andere Waffe in der Hand, als Tante Klottides Notgroschen und meinen guten Willen.

Am nächsten Morgen bereits stieg ich auf Hindernisse. Mehrere Banken, denen ich das Geld in Depot geben wollte, verweigerten die Annahme ohne die Erlaubnis und das Wissen meines Mannes. Auf meine erstaunte Frage, ob ich denn auch das Recht auf Gelddepot meines Mannes hätte und er von mir ebenfalls abhängig sei, wurde mir die Antwort, daß mein Mann vollkommen unabhängig von meinem Wissen und Willen sei, diese Abhängigkeit erstreckte sich nur auf die Frau.

Zu Hause erfuhr ich, daß mein Wirt auf mich warte. Er sagte mir, daß ich ohne Erlaubnis meines Mannes keine Wohnung mieten dürfe. Er sei ganz rechtlos in bezug auf seine Mietscheine, wenn ich den Vertrag allein unterschriebe. Ich fragte ihn, was ich tun solle und er riet mir, die zwei Jahre voraus zu bezahlen, dann sei es ihm gleichgültig, was mein Mann zu dem Vertrage sage. Ich zahlte ihm die viertausend Mark voraus. Die restlichen sechstausend Mark versteckte ich in meinem Schreibtisch, darauf beriet ich mit meiner treuen Wirtin, ob wir den Haushalt mit einigen hundert Mark im Monat bestreiten könnten. Sie versicherte mich, daß wir sehr wenig brauchen würden, da ich im Essen und Trinken fast ganz bedürftlos sei. Natürlich mußte ich allem entsagen, was mich an selbstverständlichem Luxus vor Jugend auf umgeben hatte. Es stand mir kein Wagen, kein geliebtes Reitpferd zur Verfügung, kein Diener würde mir mein Wahl servieren, meine Gäste anmelden, ich würde keine kostspieligen Anschaffungen an Bildern und Kunstgegenständen machen können, kein Pariser Modelfalon würde mich mehr in letzte Neuheiten kleiden, ja, ich würde nicht einmal alle Tage Blumen in meinen Vasen haben. Aber kein Entbehren sollte mich schrecken, wenn ich nur meine Freiheit gerann und mich ganz meiner neuen Tätigkeit hingeben konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Verlängerung der Vollzeitschule. Der Senat hat unter dem 10. Januar eine Beschlussempfehlung erlassen, nach der die Vollzeitschule generell auf 12 Uhr verlängert wird. Die Verlängerung wird in der nächsten Ausgabe des Anzeigerblattes im Laufe der Woche veröffentlicht werden.

Die Abgeschnittene Telegraphenleitung. Wegen eines gemeinschaftlichen und freien Niederfalls hatten sich zwei Arbeiter vor dem Gericht zu verantworten. Die gingen nicht auf die Chaussee von Schönberg nach Kienitz und schritten hier alle Telegraphenbäume durch und lösten sie zwischen 12 Stangen ab. Als sie im Sturm zurückdrift beilammen hatten, wogen sie mit ihm ab. Das Gericht verurteilte jeden zu 6 Monaten Gefängnis wegen Diebstahls.

Kathol. Eine dunkle Geschichte. Der unabhängige Abgeordnete Heberloh-Katholik scheint bei seinen früheren Freunden wenig Sympathien zu besitzen. In der „Freiheit“ wird berichtet, daß Heberloh von politischen Gegnern unter Führung des kommunistischen Abgeordneten Simeon verfolgt wird. Drohbriefe, Bedrohungen und tätliche Angriffe sollen die beliebtesten Waffen dieses unabhängigen kommunistischen Kampfes sein. In der „Märtenbürger Zeitung“ wird Heberloh sogar der Vergewaltigung eines Dienstmädchens beschuldigt. Auch das soll nur ein politischer Machtwort sein, wenigstens will dies die unabhängige Volksfraktion festgestellt haben. Die „Freiheit“ vertritt eine baldige gerichtliche Klarstellung.

Filmschau.

Centraltheater Langgasse. Trotz der argzettel bestehenden Verkehrsschwierigkeiten ist gestern eine der besten Filmoperetten „In einem lichten Grunde“ eingetroffen. Vor stets ausverkauftem Hause konnte dieses sechs Akte umfassende Filmstück mit seinen herrlichen Liedern, welche von Herrn Opernsänger Weber und der Opernsängerin Gregory gesungen wurden, gegeben werden. Die Volkslieder und sonstigen Gesänge von Leber, Strauß, Jeller, Georg Herrmann, Alldach, Gounod und Pragens wurden tadellos gesungen, wie auch die Tanzszenen beim Publikum reichem Beifall fanden. Das sechsaktige Drama „Die Hexe“ hatte einen etwas verlässlichen Anstrich und zeigte davon, daß in gewissen Volksschichten der Aberglaube noch nicht ganz ausgerottet ist.

Aus dem Osten.

Altemühle. Eine beschlossene Grenzdienststelle. In einer der letzten Nächte wurde die Grenzdienststelle Altemühle beschossen. Fast sämtliche beschlagnahmten Sachen im Werte von 200 000 Mk. wurden entwendet.

Eibing. Ein monarchistischer Obermeister. Wenn am 27. Januar hinter verschlossenen Türen der Wein in Strömen fließt, so ist das jedermanns Privatsache. Wenn aber in einer Vorstandssitzung des Innungsausschusses vor Beginn der Sitzung des ehemaligen Kaisers in einer feierlichen Ansprache gedacht wird, so nimmt sich das in einem republikanischen Staatswesen doch höchst seltsam aus und muß um so mehr Befremden erregen, als der Innungsausschuss Angehörige der verschiedenen Parteien vertritt. — Eine solche Ansprache hielt Herr Obermeister Kleinert in der Vorstandssitzung des Innungsausschusses in Eibing am 27. Januar 1922. Was wäre wohl mit einem Obermeister der wilhelminischen Ära geschehen, wenn er in einer Sitzung, die am 18. März stattgefunden hätte, die Barrikadenkämpfer von 1848 und die republikanische Idee gesehert hätte?

Eibing. Teilkreis in den Eibinger Schichtarbeiter. In einigen Betriebsabteilungen, und zwar in der Kesselschmiede und in der Glaserlei, sind heute einige hundert Arbeiter in den Streik getreten, weil die Firma Schichtau über Lohnforderungen mit dem Metallarbeiterverband nicht verhandeln will.

Kulm (Pomm.). Butter als Wagenschmier. Die Erhöhung des Butterpreises hat auf den größten Teil der häuslichen Bevölkerung wie ein Blitz aus heiterem Himmel gewirkt. Vergeblich sucht man noch einem triftigen Grund für diese enorme Preissteigerung. Eine Unterhaltung mit einem Kutscher eines großen Rittergutes des Kreises gab aber einige Aufklärung. Demnach müssen die Preise für Wagenseife usw. fürchterlich gestiegen sein, denn der gute Mann erklärte im Laufe der Unterhaltung: „Wenn wir die Butter nicht verkauft bekommen — nun, dann schmieren wir unsere Wagen damit.“ Es wäre endlich an der Zeit, wenn hier mit etlichem Besen das wässrige gefahren würde.

Zolberg. Todesstrafe. Der Tischlermeister Feist hatte auf seiner Werkstätte ein zweites Stockwerk als Notbau ausführen lassen, aus dessen Tür zwei Tischlergesellen abstürzten. Während der eine das Genick brach, kam der andere mit leichten Verletzungen davon.

Sahitz. Im Eise. Der kleine Kreuzer „Hamburg“ hat die Fahrtrinne freigemacht und den bei Kollidierori im Eise eingeschlossenen Dampfer „Continental“ befreit. Dieser dampfte sodann in den Hafen. Zurzeit ist der Kreuzer „Hamburg“ damit beschäftigt, einige auf hoher See bei Suedenbammer im Eise eingestorene Schiffe flott zu machen. Ein anderes Kriegsschiff leistet dabei Hilfe. Das Güterfahrschiff „Deutschland“ hat eine Fahrt nach Trellsberg unternommen, auch das schwedische Fährschiff nimmt wieder seine regelmäßigen Fahrten auf. Die zahlreichen Schwedenreisenden des D-Zuges mußten sich hier einen Tag aufhalten.

Gollnow (Pomm.). Raubmord. Die im Kreise Kammin bekannte frühere Herrschaftsbesitzerin Auguste Krüger in Gantred ist in der Nacht zum 31. Januar 1922 das Opfer eines schändlichen Verbrechens geworden. Als sie morgens 7 Uhr geweckt werden sollte, fand man die Achtzigjährige tot im Bett liegen. Anfangs wurde Mordtötung angenommen; erst, als die Leichenfrau die Totenwäsche vornehmen wollte, entdeckte diese zwei tiefe Wunden an den Schläfen und auf dem Kopf. Die Leiche wurde sofort vom Amtsvorsteher in Beschlag genommen, die gerichtliche Leichenschau stellte Mord fest. Ein Junger, erst kürzlich nach Gantred gekommenen Mann wurde als der Tat verdächtig verhaftet. Vermutlich hat der Täter durch das Gerücht, die Ermordete sei reich und habe viele Sparkassengelder, zu der grauenvollen Tat sich hinreißend lassen.

Stralsund i. Pomm. Der Untergang des „Atilla“. Vor dem Stralsunder Seeamt stand der Untergang des Dampfers „Atilla“ zur Hauptverhandlung. Dampfer „Atilla“ der Reederei Heumann-Hamburg war mit 12 Mann Besatzung auf der Fahrt von Swinemünde nach Weddelsfjort in Dänemark am 3. Januar 1922 früh etwa 5

Seeunfall nordwärts. „Jasmond“ gesunken, wobei 11 Mann bei Seeunglück ertranken bzw. ertrinken. Der überlebende Matrosen Kapitän berichtet, daß er kurzzeitig im Strömungsland in Bergen i. N. untergekommen und gibt über den Unfall folgende Schilderung: „Wir hatten um 10 Uhr vormittags Swinemünde verlassen und wollten nach Danerhoff fahren, der Wind war westlich — Sturm. Wir hatten Kurlona erreicht, die Dreyer Schuppen hinter uns, als sich der Kapitän infolge des Sturmes und höheren Seeganges veranlaßt sah, umzukehren und Kapitän als Notmaß anzugreifen. Es gingen schwere Brechwellen von Nordwest über das ganze Schiff, das Schiff erhielt dadurch etwas Nordwest-Schlagseite. Ich glaube darüber, daß das Wasser infolge der Deckaufbauten und Gutes nicht schnell genug ablaufen konnte. Wir hatten „Jasmond“-Feuerschiff an der Steuerbord-Seite. Untere mehrfache Reifschiffe (Kanonenrohre, Raketen, Blausauer) wurden nicht besetzt. Wir konnten das Rettungsboot nicht ausfahren, wegen Schlagseite von Nordwest. Auf Befehl des Kapitäns kamen dann alle, bis auf das Maschinenpersonal, zum Boot. Die Maschine ging noch. Das Schiff bekam dann bald härtere Schlagseite von Nordwest, worauf dann das Maschinenpersonal ebenfalls auf Achterdeck befohlen wurde. Wir hofften, wenn der Dampfer versank, daß das Rettungsboot gerade zu Wasser käme und helfen es beschaffen aus. Das Schiff ging aber stark mit Nordwest-Schlagseite unter. Das Boot kam, nachdem wir weggesagt waren, Kieloben hoch. Sechs Mann fanden sich beim Boot wieder ein. Wir drehten das Boot um, griffen noch zwei bis fünf Klammern auf und ruderten nach dem nächstgelegenen Feuerschiff zu. Das gelang aber nicht, und wir trieben dem Tode zu. Nächstbesitz ergriff einer nach dem anderen, zuletzt der Steuermann. Ich selbst wurde mit dem Boot an Land gespült. In dem Boot besaßen sich noch fünf Reichen. Meine Beine waren auch bereits erfroren. Ich schleppte mich dann bis zum Manzower Leuchtturm und bin dort zunächst eingestiegen. Am andern Morgen bin ich dann, weil niemand dort war, weitergegangen und sah in der Ferne ein Gut. Unterwegs brach ich zusammen, wurde aber aufgefunden und nach dem Gute Manzow gebracht. — Nach eingehender Beratung fällte das Seeamt folgenden Spruch: „Es hat nicht aufgeklärt werden können, welches die genaue Ursache des Sinkens des „Atilla“ gewesen ist. Das schwere, eiserne Wetter ist an sich als der Anlaß des Unfalls zu betrachten. Ein Verschulden der Schiffsführung ist nicht hervorgetreten.“

Pr.-Holland (Distr.). Ein großes Schadenfeuer kam in der Nacht zum Montag kurz nach 12 Uhr in dem am Markt gelegenen Hotel Kaiserhof, in dem ein Tanzvergnügen stattfand, wahrscheinlich infolge Unvorsichtigkeit aus, das das Gebäude in kurzer Zeit in Asche legte. Wegen der ungünstigen Windrichtung ergriff das Feuer die nebenanliegende Drogerie von Grünau, die ebenfalls ein Raub der Flammen wurde. Auch der Turm der alten historischen evangelischen Kirche wurde vom Feuer ergriffen und brannte nieder.

Königsberg. 700 000 Mark Zuschuß zur Oper. Der Magistrat von Königsberg unterbreitet der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag, nach dem die Stadt zur Erhaltung der Oper einen Zuschuß von 700 000 Mk. gibt unter der Bedingung, daß die Stadt von Staat und Reich 800 000 Mk. Subvention erhält.

Lohnbewegung.

Drohender Schauspielereinstreik in Berlin. Das Berliner Theaterleben ist durch einen Streik bedroht, den die gesamte Berliner Schauspielerschaft führen will, um die unerträglichen Zustände zu ändern. Die Berliner Schauspieler verlangen eine Lohnerhöhung von 70 Prozent. Außerdem verklagen sich die Berliner Schauspieler darüber, daß sie auch in ihrer künstlerischen Existenz auf das schwerste geschädigt werden. Die Berliner Schauspieler sind immer mehr gezwungen, das Leben von Wanderkomödianten zu führen. Den meisten ist es nicht mehr gelungen, ein dauerndes Engagement zu finden, sie werden nur noch für irgend ein Stück engagiert und hierbei werden nur die hervorragenden Kräfte gut bezahlt, die Bezahlung für die nützlichen Kräfte wird immer mehr herabgedrückt. Während die Theaterdirektoren sich schon entschlossen haben, eine geringfügige Erhöhung der bisher gezahlten Löhne zu bewilligen, wehren sie sich mit allen Mitteln gegen die Sicherung der vorhandenen Ensembles. Gegenwärtig wird an sämtlichen Berliner Theatern abgeklammert, ob in den Streik eingetreten werden soll. Die Ensembles der bedeutenderen Berliner Theater haben sich schon für den Streik ausgesprochen, die endgültigen Resultate liegen aber noch nicht vor. So weit sich die Lage bisher übersehen läßt, sind die Schauspieler entschlossen, diesmal zu dem letzten Kampfmittel zu greifen, um nicht wirtschaftlich und künstlerisch vollkommen zugrunde zu gehen.

Aus aller Welt.

Oberschlesens Wildweste. Gestern früh zwischen 5 und 6 Uhr wurde der Hilfswärter Robert Steuer aus Plawentowitz in dem Dienstraum der Fahrkartenausgabe Kattowitz überfallen und erschossen. Die Fahrgeldeinnahme ist gestohlen worden.

Bestehendes Mietniedrigungsamt. Wegen Bestechung standen der Vorsitzende, ein Regierungsrat, zwei Beisitzer und der Protokollführer eines Berliner Mietniedrigungsamtes vorm Richter. Ein Architekt hatte beim Einigungsamt Schritte getan, um für seine zwei Grundstücke einen Zuschlag auf die Grundmieten durchzusetzen. In der betreffenden Sitzung des Mietniedrigungsamtes wurde ihm bedeutet, daß es nötig sein würde, Sachverständige zu vernehmen und daß dies Geld kosten würde. Mit Erlaubnis dieser Gutachten wurden die beiden Beisitzer betraut, und der Architekt zahlte sofort die ihm auf 1 Prozent pro Mille berechnete Summe von 5500 Mark. Ueber den ganzen Vorgang ist im Sitzungsprotokoll nichts vermerkt. Später sah der Hauswirt ein, daß er sein Geld unnützlich ausgegeben hatte, denn inzwischen hatte sich die juristische Ansicht des Vorsitzenden geändert und er verlangte in einem Schreiben sein Geld zurück. Dadurch kam die Sache ins Rollen. Der Vorsitzende schickte ihm das Geld zurück, wobei er noch persönliche Opfer bringen mußte, denn ein Beisitzer weigerte sich, seinen Anteil zurückzugeben, da er es für sein gutes Recht erachtete, für einen zweimaligen Ortstermin und seine gutachtliche Arbeit eine Gebühr in solcher Höhe zu verlangen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Vorsitzenden zwei Wochen und gegen die beiden Beisitzer je eine Woche

Bestechung. Das Gericht verurteilte den Regierungsrat zu zwei Wochen, die beiden Beisitzer zu je vier Wochen Gefängnis und erkrankte auf Grund des Bestechungsgeldes.

Prinzipal der Kunst am die Miete. Um das historische Berliner Palais am Wilhelmplatz, das von Schinkel erbaute sogenannte Ordenspalast, wurde ein interessanter Streit vor dem Landgericht zum Austrag gebracht. Das Wohnrecht in dem Palais war seinerzeit dem Prinzen Carl von Preußen und seiner Witwe eingeräumt und im Grundbuch eingetragen worden, so daß das Wohnrecht gegenwärtig dem Prinzen Friedrich Leopold zusteht. Nach dem Austritt des Finanzministers Adamson erließ das Finanzministerium ein Verbot an das Kaiserliche Amt, das das Palais gemietet hatte, und verlangte Abführung der Miete an die preussische Generalkassakasse. Der Prinz suchte diese Zahlungen als rechtswidrig an und erhob Klage gegen den Reichskassendirektor auf Zahlung der Miete an ihn. Das Landgericht erhob Beweis über die seinerzeit gestifteten Abmachungen, nahm nach Einsicht in das zugrunde liegende Aktenmaterial zugunsten des Prinzen als erwiesen an, daß diesem der Anspruch auf die Mietzahlungen zustehe, und verurteilte daraufhin den Reichskassendirektor zur Zahlung der Mietbeträge an den Prinzen.

Bestechungen beim Lebensmittelkauf. Das Schöffengericht Liebenwerda verhandelte auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungswesen, die Berlin, gegen die Kaufleute Franz Merker und Felix Hoffmann aus Liebenwerda. Der Kreisausschuß in Liebenwerda hatte ein Lebensmittelamt zur Versorgung der notleidenden Bevölkerung eingerichtet und den Angeklagten Merker zum Leiter bestellt. Anfang 1920 brachte der Kreis 87 000 Kilogramm Hüllensfrüchte. Merker ging zum Angeklagten Hoffmann, ließ sich eine „Hüllensfrüchteprovision“ versprechen und schlug dann dem Kreisausschuß vor, die Hüllensfrüchte von Hoffmann zu kaufen. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte wegen Bestechung und zwar Hoffmann zu 80 000 Mark und Merker zu 10 000 Mark Geldstrafe. Bei Merker wurden ferner 7400 Mark Schmiergeld eingezogen.

Konzeptionierung des Pferdehandels in Bayern. Der preussische Handelsminister hat den Bund der Viehhändler Deutschlands davon in Kenntnis gesetzt, daß nach einer Mitteilung der bayerischen Regierung in Bayern der Pferdehandel im Umherstreben verboten und der übrige Pferdehandel sowie die gewerbsmäßige Vermittlung von Pferden an den Besitz einer Erlaubnis der Bezirksverwaltungsbehörde geknüpft ist.

Hamburg vom Eis eingeschlossen. Was Nachrichten hinc durch der Stadt Hamburg nicht widersprechen ist, daß ist nun zur Tatsache geworden. Während einerseits Hamburg von allem Eisenbahnverkehr völlig abgeschnitten ist, sorgt ferner eine dicke Eiskruste auf sämtlichen Gleisen und Kanälen dafür, daß auch die Speicher und Lagerhäuser vom Wasserverkehr völlig abgeschnitten sind. Ober- und Unterelbe sind durch eine geschlossene starke Eisschicht völlig abgesperrt; auf der Unterelbe wird nur mühsam eine schmale Rinne durch die stärksten Eisbrecher für den Segeldampferverkehr offen gehalten. Die Elbmündung ist durch schweres Treibeis nahezu blockiert.

Der Dampferverkehr nach New York wird vom Norddeutschen Lloyd Mitte Februar wieder mit eigenen Dampfern aufgenommen. Als erstes Schiff wird am 11. Februar der Dampfer „Seydlitz“ expediert werden.

Krieg mit der Natur. Die andauernden fürchterlichen Stürme in der Nordsee haben auf der holländischen Insel Blesland die große Sanddüne, auf der sich das Fort Dosterlynd erhebt, vollkommen hinweggewaschen. Die äußeren Befestigungswerke des Forts sind zerstört. Holländische Marineoffiziere trafen bei heftigem Sturmwetter im Flugzeug auf der Insel ein und berichteten nach der Besichtigung, daß die Abbrückelung der Insel nicht mehr aufgehalten werden könne und daß wahrscheinlich das ganze Fort der Zerstörung anheimfallen werde.

Schwere Stürme im Atlantik. In der vorigen Woche herrschten nach einem Drahtbericht aus Haag, im Kanal und im Atlantik schwere Stürme. Selbst große Dampfer wie „George Washington“ und „Paris“ haben Beschädigungen erlitten. Mehrere Passagiere des „George Washington“ trugen Arm- und Beinbrüche davon. Auch im Mittelmeer wütet ein schwerer Sturm.

Der Protest der Schmiede. Der Bund der deutschen Schmiede-Innungen schreibt: „Die Tages- und Nachpresse hat sich in der letzten Zeit mit dem Markenbild der deutschen 60-Pfennig-Briefmarke beschäftigt. Wir gestatten uns, dazu zu bemerken, daß die Schmiede auf dieser Marke allerdings eine glatte Unmöglichkeit vom sachlichen Standpunkt aus darstellen. Zunächst arbeiten niemals vier Schmiede zusammen, sondern höchstens drei. Der von den drei Schmieden für den Ausbau der Arbeit verantwortliche Schmied hält vor, d. h. er hält das Eisen, setzt Sekshammer, Schrotmeißel usw. auf und schmiedet mit dem Handhammer nach. Hierbei steht er vor einer Längsseite des Ambosses, so daß das Horn des Ambosses nach links zeigt. Die anderen beiden Schmiede stehen auf der anderen Längsseite und schlagen mit dem sog. Vorschlaghammer zu. Das zu bearbeitende Stück Eisen ruht beim Schmieden nicht mit seiner Längsrichtung auf dem Amboss, sondern wird quer auf den Amboss gelegt. Der Vorschlaghammer wird vom Schmied so angefaßt, daß sich die rechte Hand etwa zwei Handbreit vom Hammer am Stiel befindet und von oben greift. Die linke Hand greift den Stiel etwa am Ende von unten. Der Hammerstiel muß sich also beim Zuschlagen unter dem rechten Arm befinden. Die Hembärmel endlich werden vom Schmied nicht nach außen, sondern nach innen umgekrempelt. An dem Markenbild ist also vom sachlichen Standpunkt aus nicht mehr wie alles falsch. Es dürfte deshalb zweckmäßig sein, daß sich die entwerfenden Künstler das, was sie darstellen wollen, zunächst einmal ansehen.“

Schleiferei
für Messer und Scheren
A. Lehmann Inh.: L. Gutzzeit
Darzig, Jopengasse 31-32.

Die neuen Danzig-polnischen Verhandlungen.

Die Aufhebung der Wirtschaftsgrenze

Die in dem Danzig-polnischen Abkommen sowie dem Zusatzvertrag für eine Anzahl offen gebliebener Fragen vorgesehene Verhandlungen, sollen, wie wir bereits in dem letzten Teil unserer gestrigen Ausgabe mitteilten, in Kürze beginnen. In erster Linie handelt es sich um die Aufhebung der Wirtschaftsgrenze, wobei alle Beschränkungen im Warenverkehr zwischen Polen und Danzig in Fortfall kommen sollen. Das Abkommen sah vor, daß für bestimmte Warenarten die gegenseitigen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen möglichst noch vor diesem Termin abgebaut oder aufgehoben werden. Wie der Vertreter Polens in Danzig, Minister Płucinski, gestern Vertretern der Presse mitteilte, ist Polen der Ansicht, daß die völlige Aufhebung der Wirtschaftsgrenzen noch im Februar erfolgen kann. Nach Ansicht Polens ist es nur erforderlich, für den Handelsverkehr mit Zucker, Tabak und alkoholischen Erzeugnissen Vereinbarungen zu treffen. Für diese Produkte will Polen Einfuhrverbote bestehen lassen, da sie der indirekten Besteuerung unterliegen und zum Teil durch staatliche Monopole verwaltet werden.

Alle übrigen Beschränkungen können, nach Ansicht Polens, sofort außer Kraft gesetzt werden. Trotz des freien Warenverkehrs hält Polen die Aufrechterhaltung der Grenzkontrollen jedoch für erforderlich, damit der Verkehr mit den Erzeugnissen kontrolliert werden könne, die durch staatliche Monopole verwaltet werden, damit der Staat die auf diesen Artikeln liegenden Steuern erhält. An den Grenzstationen müsse daher auch weiterhin eine Revision nach diesen Artikeln erfolgen. Der kleine Verkehr mit diesen Artikeln soll besonders geregelt werden. Der Fortfall dieser Kontrolle wäre nur dann möglich, wenn die auf diese Waren gelegten indirekten Steuern in eine gemeinsame Kasse fließen und zu einem gewissen Prozentsatz den beteiligten Staaten zugute kämen. Auch die Kontrolle über den Geldverkehr will Polen aufrechterhalten, da polnische Noten und ausländische Wäluen nicht ohne besondere Erlaubnis aus Polen ausgeführt werden dürfen. Auch die Wafskontrolle zwischen Danzig und Polen soll bestehen bleiben, wobei allerdings für Danziger Staatsangehörige ein einfacher Ausweis genügen soll. Für Ausländer soll nach wie vor bei der Einreise ein polnisches Visum erforderlich sein.

Mit der Beseitigung der Wirtschaftsgrenze soll auch der übrige Grenzverkehr eine neue Regelung erfahren. Die Wege waren bisher fast ausschließlich nur für kurze Zeit, von 7 Uhr morgens bis nachmittags 6 Uhr, offen. Zukünftig sollen die Hauptwege Tag und Nacht geöffnet werden und zwar: die Chausseen von Dirschau über Hohenstein nach Danzig von Berent nach Mariensee, von Karthaus über Emaus nach Danzig, von Wittke nach Dłwa und von Gdingen nach Ropot. Die Nebenstraßen sollen Sommer und Winter von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet sein. Die Kontrolle soll von beiden Seiten durch eigene Beamte unterhalten werden. Besonderen Berufen und Interessenten soll der Grenzübergang erleichtert werden.

Die Danziger Regierung ist, wie Senator Jemelowski mitteilte, seit einiger Zeit mit Vorarbeiten für die Beratungen dieser Fragen, insbesondere der Aufhebung der Wirtschaftsgrenze beschäftigt. Die verschiedenen Verhandlungen der Waren in der indirekten Steuererhebung und die Monopole machen eine besondere Regelung notwendig. Wir halten darüber hinaus auch besondere Maßnahmen für die Danzig durch den Ergänzungszollvertrag gewährten Kontingente erforderlich. Wenn auch die Danziger

Regierung ausnehmend der Ansicht ist, daß sich der Handel nach Aufhebung der Wirtschaftsgrenze selbst nach Angebot und Nachfrage „regeln“ müsse, so würden die zur Versorgung der Danziger Bevölkerung zu ermäßigten Preisen gewährten Kontingente hinsichtlich, wenn man nicht verhindert, daß die zu ermäßigten Preisen nach Danzig eingeführten Waren nach Polen weiterverkauft werden. Zwar ist eine Regelung dieser Frage nicht ohne Schwierigkeiten, aber durch besondere Maßnahmen muß dem Abfließen der Kontingentwaren nach Polen ein Riegel vorgeschoben werden. Sonst würde der so heiß gepriesene Ergänzungszollvertrag, nach dessen Abschluß das Danzig-polnische Abkommen für Danzig überhaupt erst annehmbar wurde, vollkommen illusorisch gemacht werden.

Von außerordentlicher Bedeutung ist die geplante Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Ausarbeitung eines neuen, den praktischen Bedürfnissen beider Staaten entsprechenden Zolltarifs. Allerdings wird man kaum mit dessen schneller Fertigstellung rechnen können, da eingehende Vorarbeiten notwendig sind. Neben diesen großen Fragen ist noch die Beratung einer großen Anzahl anderer vorgesehen. So die Frage der gegenseitigen Zulassung von Versicherungs- und Transportgesellschaften und die Zolltarifbarkeit der beiderseitigen Gerichtsbarkeit. Weiter soll darüber verhandelt werden, ob die Danziger Staatsbürger bei der Fahrt durch den Korridor ins Ausland eines polnischen Visums bedürfen oder nicht. Auch für den Verkehr mit Gela soll eine Regelung getroffen werden, daß für Danziger der Verkehr nach Gela wie in Zeiten vor dem Kriege möglich ist. Evtl. wird die polnische Zollgrenze auf Gela mehr nach dem Innern verlegt werden können. Ferner soll in Warschau über eine Befreiung der Doppelbesteuerung und über zu erlassende gemeinsame Bestimmungen hinsichtlich der See- und Binnenschifffahrt gesprochen werden. Auch die Möglichkeit, inwieweit Polen den Danziger Warenbedarf versorgen kann, soll eingehend geprüft und evtl. eine Beschäftigung der polnischen Industriegegenden durch Danziger Sachverständige erfolgen.

Die Frage der Rückzahlung der Forderungen Danziger Staatsangehöriger in Polen kann, nach Ansicht des Ministers Płucinski, nur international geregelt werden. Bis dahin bietet die jetzt vom Danziger Senat eingerichtete Vermittlungsstelle, über deren Tätigkeit wir gestern berichteten, den beteiligten Gläubigern die Möglichkeit, sich mit ihren Schuldnern auszuhandeln. Demgegenüber muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die rechtlichen Ansprüche der Danziger Gläubiger auf Auszahlung der Guthaben in deutscher Währung kaum durchzusetzen werden können. So daß ihrer berechtigten Forderung auf Auszahlung in deutscher Währung auch durch internationale Regelung sicherlich stattgegeben werden dürfte. Ob jedoch alle Gläubiger bis dahin warten können, es handelt sich vorwiegend um kleine Rentner, ist mehr als fraglich. Für diese bietet die Vermittlungsstelle zwar die Möglichkeit einer schnellen Auseinandersetzung, jedoch haben die Gläubiger andererseits wohl kaum Veranlassung, ihre berechtigten Ansprüche ohne weiteres aufzugeben.

Sowohl Senator Jemelowski, der Danziger Senat die Vorbesprechungen in Warschau führen will, als auch Minister Płucinski, hoffen bei den bevorstehenden Verhandlungen auf schnelle Verhandlungen über die zur Beratung stehenden Fragen. Dies um so mehr, als die Verhandlungen diesmal unter Aufsicht aller Zwischeninstanzen von den zuständigen Ministern und Senatoren selbst geführt werden sollen.

Der Senat hätte jetzt seine damalige Zusage erfüllen müssen. Aber er tanzt eben nach der Melodie, die die Agrarier aufspielen. Um den Milchproduzenten und Großhändlern noch höhere Gewinne zu ermöglichen, müssen die Arbeiter, Angestellten- und Beamtenfrauen die hohen Milchpreise bezahlen oder ihre Kinder darben lassen. Das ist die „Volks“politik, die die Deutschnationalen betreiben.

Die Eisenbahnverkehrslage in Danzig.

Von Danzig aus verkehren Personenzüge bis Stolp und Marienburg. Die Weiterbeförderung läßt sich von hier aus nicht übersehen. Der D-Zugverkehr ist eingestellt. Der Postverkehr wird nur teilweise vom Eisenbahnbetrieb erledigt. Weiter mittags 12 Uhr fuhr das erste Postflugzeug über Stettin nach Berlin. Nur in dringenden Fällen werden Personen befördert. Eine Fahrt nach Stettin kostet 5000 Mk., nach Berlin 7500 Mk. Für die Dauer der Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs wird zunächst jeden zweiten Tag zwischen Berlin und Königsberg über Stettin und Danzig ein Flugverkehr unterhalten.

Ueber die Streklage in Ostpreußen teilt die Eisenbahndirektion Königsberg mit: Es kreifen vom Lokomotivpersonal 88 Prozent, vom Zugbegleitpersonal 70 Prozent, Stationspersonal 20 Prozent, Abfertigungspersonal 20 Prozent. Die Technische Nothilfe ist auf sieben größeren Bahnhöfen eingesetzt. Die Verkehrslage in Ostpreußen hatte sich am Sonnabend wesentlich gebessert. Die Zahl der gefahrenen Züge hatte sich um das Doppelte erhöht. Am Sonntag ist infolge des Schneesturms eine Verschlechterung eingetreten. Die Züge von Endtuchen über Insterburg—Allenstein—Dt.-Eylau haben verkehrt. Der D-Zug von Berlin steht noch aus. Infolge der sehr ungünstigen Witterung wird vorläufig der D-Zugverkehr mit Berlin nicht aufrechterhalten werden können. Durchgehende Personenzüge werden voranschrittlich verkehren. Der Personenzugverkehr innerhalb der Provinz nach dem Notfahrplan ist durchgeführt bis auf einige Ausfälle, die durch Schneereiben verursacht wurden. — In Elst ist ein Beamter, in Dt.-Eylau sind drei Beamte wegen Aufforderung zum Streik festgenommen worden.

„Die weiße Seuche.“ Unter diesem Titel wurde gestern in den U. L. Lichtspielen ein Film vorgeführt, der der Bekämpfung der Tuberkulose dienen soll. Der Besuch der zu ermäßigten Preisen zum Besten der Lungenspitale Jenkau stattgefundenen Vorstellungen hätte ein besserer sein können, zumal der Film einen wertvollen Einblick in die Ent-

stehung, Verlauf und Heilung der Seuche gibt. Die Schuld an dem mangelhaften Besuch dürfte in erster Linie in der unzulänglichen Propaganda für diese Veranstaltungen zu suchen sein. Sicherlich verdient der Film weitestgehende Verbreitung und wäre es empfehlenswert, besonders den letzten Teil mit den Maßnahmen zur Verhütung der Ausbreitung zwangsläufig in die Programme aller Kinosheater aufzunehmen. Hand in Hand mit dieser Auffklärung über diese ernsthafte Volkskrankheit muß die Besserung der sozialen Lage (Ernährung, Wohnung) gehen. Erfreulicherweise wurde dies auch in dem begleitenden Vortrage betont.

Die Auswanderung von Arbeitern nach Jugoslawien ist, wie mitgeteilt wird, nicht zu empfehlen, da einmal ein Mangel an Arbeitskräften im allgemeinen nicht vorhanden ist, andererseits Ausländer und besonders Deutsche im Lande nicht gern gesehen sind. Verhärtet wird das Missverhältnis noch durch den kulturellen Unterschied zwischen deutschen und einheimischen Arbeitern. Die Lebensmittelpreise sind hoch. Streiks sind gesetzlich verboten, die Beteiligung an solchen zieht schwere Strafe nach sich.

Der Tod auf den Schienen. Beim Ueberschreiten der Meise wurde der Depeschenbote des Stellwerks am Dłwaer Tor von der Lokomotive des Vorortzuges Danzig—Ropot erfasst und auf die Schienen geschleudert. Dem Unglücklichen wurde ein Arm abgefahren und die Schädeldecke zertrümmert. Der Tod trat sofort ein.

Polizeibericht vom 7. Februar 1922. Festgenommen: 18 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 2 wegen Körperverletzung, 1 wegen Hausfriedensbruchs, 1 wegen Körperverletzung, 8 in Polizeihast. — Obdachlos: 8 Personen. — Gefunden: 1 Buch „Jettichs Geber“, 1 Schw. Handtasche, enth. 1 Portemonnaie mit Geld, Brennstoffkarte für Alca Grünh, Brotkarte, Brille usw., 4 Schlüssel an Ringe, 1 Schlüssel am Ringe, 2 Schlüssel am Riemen, abzuholen aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums; 1 Br. Jagdhund ohne Halsband, abzuholen von Frau Elsa Mikardo, Steinbamm 22. — Verloren: 1 rote einreihige Korallenkette, abzugeben im Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Veranstaltungs-Anzeiger

- Sozialdemokratischer Verein Danzig.**
1. Bezirk: Mitgliederversammlung heute abend 7 1/2 Uhr in der Schule Hellige Postgasse. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Bericht des Genossen Voops über: Die Regelung der Schulfrage im Freistaat.
Bezirk Neubude. Dienstag, den 7., abends 7 Uhr, bei Schönwiese, Bezirksversammlung. Referent Genosse Karichowski.
Bezirk Langfuhr. Dienstag, den 7. Feb., abends 7 Uhr, Diskussionsabend beim Gen. Schmidt, Mirkauer Weg 52.
Arbeiter-Jugend Danzig.
Mittwoch den 8., im Heim, Vortrag des Jugendgen. E. Drost. Thema wird vor der Veranstaltung bekanntgegeben.
Verein Arbeiterjugend Schidlich:
Mittwoch, den 8. Februar, abends 7 Uhr, in der Knabenschule Schidlich: Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Gäste sind willkommen.
Zentralverband der Fleischer:
Mittwoch, den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Nevelus-Platz: Mitgliederversammlung.
Deutscher Metallarbeiterverband.
Mittwoch, den 8. Februar, 4 1/2 Uhr, bei Müller, öffentliche Betriebsversammlung von Klawitter.

Standesamt vom 7. Februar 1922.
Todesfälle: Arbeiter Karl Maika, 70 J. 9 M. — Arbeiter Paul Kruskowski, 44 J. — Witwe Mathilde Schmidt geb. Schilling, 80 J. 2 M. — Direktrice Wilhelmine Prebe, 45 J. 4 M. — Prakt. Arzt, Sanitätsrat Dr. med. Albert Solmsen, 40 J. 4 M. — Sohn des Kaufmanns Ludwig Samson, 1 M. — Maurer August Rodde, 48 J. 3 M. — Frau Anna Krüger geb. Klein Schmidt, 84 J. 7 M. — Oberpostkassier a. D. Adolf Poewe, 78 J. 4 M. — Frau Sophie Komalewski geb. Hoppe, 80 J. 3 M. — Witwe Vertha Schntz geb. Rogacki, 70 J. 10 M. — Witwe Wilhelmine Czaska geb. Paetschke, 71 J. 3 M. — Frau Marie Wengrowski geb. Schneider, 50 J. 3 M. — Fuhrhalter Otto Kresien, 40 J. 1 M. — Witwe Anna Bushe geb. Lukowski, 73 J. 8 M.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	6 07	am Vortage	6,10
Amer. Dollar :	201	" "	202 1/2
Englisches Pfund:	670	" "	870



Warenveränderung vom 7. Februar 1922.

	4. 2.	5. 2.	Kurzebrack	+ 1,72	+ 1,75
Zawisch	+ 1,30	+ 1,26	Montanerpige	+ 1,18	+ 1,16
	4. 2.	5. 2.	Piedel	+ 1,77	+ 1,24
Warschau	+ 1,60	+ 1,56	Dirschau	+ 1,31	+ 1,30
	4. 2.	5. 2.	Einlage	+ 2,08	+ 2,00
Posa	+ 1,45	+ 1,40	Schiemenhoff	+ 1,30	+ 2,26
	6. 2.	7. 2.	Schnau D. P.	+ 6,00	+ 6,60
Thorn	+ 1,39	+ 1,34	Walgenberg D. P.	+ 4,68	+ 4,48
Tobon	+ 0,88	+ 0,82	Neuhorster D. P.	+ 2,02	+ 2,02
Culm	+ 1,40	+ 1,37	Anwachs	+ 0,--	+ 1,19
Graudenz	+ 1,16	+ 1,14			

Eisbericht. Von Km. 0 (Schilau) bis 197,4 Eisstand, abschließend 61,7—66, 92—93. Von 197,4 bis zur Mündung Binschtreiben und Senfeld. Eisbruch und Ausbruch von vor Ort bis 197,4. Eisbrechdampfer „Wabe“ und „Dremsen“ liegen vor Ort, „Montau“ Streckendienst, „Ossa“ liegt in der Mündung, „Kogat“ liegt in Einlage. Kogat: Eisdecke.

Danziger Nachrichten.

Ein uneingelöstes Versprechen.

Durch einen Senatsbeschluss sind die Preise für Milch erneut erhöht worden. Diese Maßnahme, die nur im Interesse der Agrarier und Milchproduzenten liegt, hat selbst die bürgerlichen Hausfrauen auf den Plan gerufen. Der Wirtschaftsbund Danziger Hausfrauen bittet den Senat in einer Eingabe, jetzt in der Zeit des stärksten Milchmangels von einer Preisänderung abzusehen. Er begründet diese Bitte in folgender Weise:

„In wenigen Wochen werden sich die Kosten für einen Liter Milch sowohl für die Landwirte (für diese wegen der veränderten Futterverhältnisse) als auch für Käser, Groß- und Kleinhändler (für diese wegen des billigeren Transportes größerer Mengen auf Fuhrwerken und der Mehrlieferung in der Nähe der Stadt) wesentlich verbilligt haben. Dann wieder eine Preisänderung eintreten zu lassen, würde neue Unruhe in die Bevölkerung bringen.

So berechtigt eine Preisrückbildung infolge der gestiegenen Frachtkosten im Augenblick auch erscheinen mag, so bitten wir doch, sie zu vermeiden, da diese Belastung, die den Großhändler trifft, höchstens 15 Pf. für das Liter beträgt und auch diese nur für die Milch aus den entferntesten Gegenden des Freistaats. In einiger Zeit wird diese Mehrausgabe durch die reichlichere Zufuhr aus der Nähe ausgeglichen sein. Eine Notlage des Danziger Milchhandels können wir nicht anerkennen, solange von Großmolkereien neue Milliken in teuren Räden eingerichtet werden. Der augenblicklichen Futtermittelnot, besonders der kleinen Kuhhalter, bitten wir durch Beschaffung von Futtermitteln abzuheben.“

Der Senat hat allerdings dieser Bitte nicht entsprochen. Politik ist eben bei den Deutschnationalen eine Macht- und Geldfrage und solche Hausfrauenbitten wandern in den Papierkorb. Vielleicht erkennen jetzt die bürgerlichen Frauen, wie töricht sie handelten, als sie der Agrarierpartei, den Deutschnationalen, bei den Wahlen ihre Stimme gaben.

Im übrigen hat der Senat durch seine neue Milchpreisverordnung die Feinzeit von ihm gemachte Zusage gebrochen. Als es sich um die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch handelte, wurde erklärt, daß man dadurch eine bessere Belieferung Danzigs mit Milch erhoffe. Sollte das nicht eintreten, so würde man auf die Zwangswirtschaft zurückkommen. Dieser Fall war jetzt gegeben. Den Milchproduzenten war es trotz Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht eingefallen, die Städte besser mit Milch zu versorgen.

Der Bucher mit möblierten Zimmern.

Die Wohnungsmisere wüchse sich zum fürchterlichsten Getöse aus. Welche Unsummen von Geld, Familienleben, Gesundheit, froher Schaffenslust usw. der katastrophalen Wohnungsnot alljährlich geopfert werden, läßt sich gar nicht beschreiben. Unter diesen Umständen ist es an der Zeit, sich einmal auch mit einer Seite des WohnungsweSENS zu befassen, die sich immer mehr zu einem sozialen Problem gestaltet. Gemeint ist das Wohnen in möblierten Zimmern.

Der Mangel an selbständigen Wohnungen hat naturgemäß eine gesteigerte Nachfrage nach möblierten Zimmern hervorgerufen. Zahlreiche andere Ursachen, die hier nicht alle erwähnt zu werden brauchen, haben es verschuldet, daß heute viele Menschen in möblierten Zimmern wohnen müssen. Man braucht dabei nur an die teuren Möbel zu denken, die es ebenfalls mit sich bringen, daß viele Verträufelte an keinen eigenen Hausstand denken können. So hat das Wohnen in möblierten Zimmern in den letzten Jahren immer mehr um sich gegriffen. Dabei haben sich nun Zustände entwickelt, die einmal eine öffentliche Brandmarkung erfordern.

Bei gesteigelter Nachfrage wächst der Preis der Ware. Dieser alle volkswirtschaftliche Erfahrungsgesetz hat sich auch zum Schaden der Untermieter bei der Vermietung möbliertter Zimmer durchgesetzt. Während der selbständige Mieter durch die Höchstmietenerordnung gegen eine Auswucherung durch die Hauswirte geschützt ist, prägt sich oft in den Mietpreisen vieler Untermieter die schamloseste Ausbeutung aus. Die Vermieter derartiger möbliertter Zimmer haben

völlig freies Spiel in der Festsetzung der Mietpreise. Keine gesetzliche Schranke steht ihnen im Wege, wenn sie es auf die Taschen ihrer Untermieter abgesehen haben. Dr. Justusberger hat kürzlich im „Vorwärts“ die Bucherer auf diesem Gebiet als „schamlose Hyänen“ bezeichnet. Wer einigermassen mit den Dingen Bescheid weiß, wird diesen Ausdruck nicht zu hart finden. Gerade Danzig kann für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, auf diesem Gebiete „führend“ zu sein. Es sei in diesem Zusammenhange hervorgehoben, daß man natürlich gegen eine entsprechende Gebühr für Abnutzung der Möbel und Aufwartung nichts einwenden kann. Unsere Kritik gilt lediglich jenen Bucherern, die in ihren Untermietern bloße Ausbeutungsobjekte sehen. Und ihre Zahl ist nicht gering. Wenn für beschriebene Zimmer, angefüllt mit altem Wertpapier, 250-300 Mark Miete verlangt werden, dann wird man kaum noch von einem realen Preis reden können.

Schuld an dieser Auswucherung haben allerdings zum großen Teile die Untermieter selbst, gibt es doch in ihren Reihen viele, die in der Lage sind, jeden Preis zahlen zu können. Die große Masse hat aber darunter zu leiden und hat einen Anspruch auf weitgehenden Schutz. Die stetig größer werdende Zahl der in möblierten Zimmern wohnenden Untermieter erfordert es, daß nun endlich, wie es ja auch schon geplant war, gegen die Auswucherung vorgegangen wird. Die Mietervereine sollten sich dieser Sache energisch annehmen.

Bermischtes.

Neue Art des Betonbaues. Ein Verfahren, das in Amerika bereits seit längerer Zeit in Verwendung ist und dort den Namen „Tortel-Verfahren“ bekommen hat, ist neuerdings auch in Deutschland eingeführt worden. Es besteht darin, daß der fertig gemischte Beton durch Preßluft vermittels einer Schlauchleitung an den Platz gespritzt wird, wo man ihn haben will. So wurde kürzlich ein stark durchgehender eiserner Schornstein des Zentralhotels zu Berlin auf diesem Wege in einen Eisenbetonschornstein umgewandelt; der alte Schornstein fand als Schalung Verwendung, und der Schornstein konnte während der ganzen Bauausführung in vollem Betriebe bleiben. Ebenso wurden in Nürnberg die Kesselfundamente einer industriellen Anlage, die sich als zu schwach herausstellten, in der einfachsten Weise verstärkt, indem man das Betonstößverfahren anwandte. Stoffauskleidungen bei Tunnelbauten und Kraftwerken u. a. m. sind in Württemberg, Bayern und der Schweiz auf diesem Wege ausgeführt worden. Der Betriebsdruck beträgt zwei bis drei Atmosphären, und die Schlauchleitungen können bis zu 200 Meter lang sein, so daß man ganz erhebliche Höhen bewältigen kann. Man hat Zement mit Kiesland in verschiedenen Verhältnissen, Kalk, Traß und dergleichen verwendet, kann auch Farbstoffe zusetzen. Der durch Preßluft an Ort und Stelle beförderte Beton ist von besonderer Dichtigkeit und Härte. So wird gerühmt, daß der so hergestellte Puz an Stiehlungenbauten sich durch besondere Wetterbeständigkeit auszeichne.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Boops in Danzig; für Inserate Bruno Wert in Oliva. — Druck von F. Gehl & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Heute, Dienstag, den 7. Februar, abends 7 Uhr
Dauerkarten E 2.
Wegen Erkrankung des Herrn Richard Ludewigs
statt „Liebeslet“

Der Troubadour

Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi. Szen. Leitung: Richard Ludewigs. Musikal. Leitung: Erich Walter.
Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende 9 1/4 Uhr

Mittwoch, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1.
Anna Boleyn. Ein Prolog und 6 Szenen

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1.
Neu einstudiert. Hänsel und Gretel. Märchen-
spiel. Hierauf: Lambsleder.

Freitag, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten C 1.
Lambsleder und der Sängerkrieg auf der
Wartburg von Richard Wagner.

Sonabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1.
Cajiparone.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise. Rosen-
hildchen.

Sonntag, abends 7 Uhr. Der Barbier von Sevilla.
Oper von Rossini.

Gedania-Theater
Schlüsselamm 53/55 (1089)

Achtung! Ab heute! Nur 4 Tage!
Der durchaus sehenswerte Spielplan!

„Nachtgesindel“

Detektiv-Sensations-Film in 5 großen Akten.
Bob Hill, Detektiv. Adalbert v. Schettow.

„Rennbahn-Schieber“

Die Erlebnisse zweier Hochstapler.
Ein Film aus der Sportwelt in fünf äußerst
spannenden und sensationellen Akten.

Hauptdarsteller:
Lu Synd, Uwe Jens Krafft, Aruth Warten.

„Schatten am Fenster“
Abenteuer-Film.

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Norrman

Morgen, Mittwoch, d. 8. Februar,
abends 7 1/2 Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr

„Der Vogelhändler“

Operette in 3 Akten von Karl Zeller.

Freitag, den 10. Februar:

„Der Vogelhändler“

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlmarkt
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse. 16047

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Soeben erschienen!

Allgemeine Geschichte des
Sozialismus und der sozialen Kämpfe

III. Teil:

Neue Zeit

von M. Beer

Preis 12.— Mark

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32

Zentral-Theater

Langgasse 31 * Fernsprecher 1018

Jetzt eingetroffen! Ab heute!
Die beste aller Filmoperetten:

In einem kühlen Grunde

6 Akte.

Die Gesänge haben übernommen:

Herr Opernsänger Behre

Frl. Opernsängerin Hissy Marion.

Trotz der enormen Unkosten volks-
tümliche Preise von 6 bis 14 Mk.

Dazu: 16098

„Die Hexe“

Drama in 5 Akten mit Ernst Kalsert-
titz, Werner Funk, M. Schlegel.

Die Theaterräume sind gut geheizt.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Franz Boss, Lederhandlung

Danzig, Holzmarkt 5, Telefon 1604

Langfuhr, Hauptstr. 124, Telefon 894

Großes Lager in Ober- u. Unterleder.

Täglich frischer Sohlen-Russchnitt!

Ankauf von rohen Häuten und Feilen
zu höchsten Tagespreisen!

Zeitungsträgerin

für Zoppot gesucht
„Danziger Volksstimme“
Am Spandhaus 6.

Welt. juvel. Kinder mädchen
ob. erfahr. Kinderfrau für
2 Kinder, 1 1/2 u. 1/4 J alt, bel
hoh. Lohn n. Oliva gef. Off
mit Zeuanisabschr. u. 3 62
an die Exped. d. Ztg. 16087

Eine febl. in best. Lage gel.
2 Zimm. Wohnm. an Zub.
u. Balk. wird baldmög. geg.
eine 3-4 Zim. Wohnz. tausch.
gei. Off. u. 363a. d. Exp. d. Ztg.
(61)86

Laufbursche,
Sohn achtbarer Eltern,
von sofort gesucht. (†
Leo Czerninski,
Schlaugasse 25, 3 Tr.

Stenographie
Eingelunterricht 497
Tages- u. Abendkurse
Otto Siada, Neugarten 11.

Volkspflege,
Bewerkschaftlich-Berufen-
schaftliche Versicherungs-
Kassengesellschaft
— Sterbefasse. —
kein Polizeuverfall.

Maschinenschreiben
auch auf poln. Masch.
Tages- und Abendkurse
Otto Siada, Neugarten 11.

Winkler Tarife für
Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

1 1/2 Dugend (†
Stehkragen,
Weite 42, sehr billig 3. verk.
Al Hofenäherg. 11, 2 Tr.

Verlangen Sie die
„Volksstimme“
in den Gaststätten!

Ausführung sämtlicher
Druck-Aufträge

für den Geschäfts-
und Familienbedarf

Massenaufgaben

in kürzester Frist



Reichste Auswahl in
**Gewerkschafts- und
Parteiliteratur**

Jugendschriften
Unterhaltungslektüre

Nicht Vorhandenes wird um-
gehend besorgt durch unsere

Buchhandlungen

Am Spandhaus Nr. 6 — Paradiesgasse Nr. 32